



Reichen die Klimamassnahmen, um das Schmelzen der Gletscher zu stoppen?

URS FLÜELER / KEYSTONE

Hauptsache, wir trinken Kaffee aus klimaneutralen Kapseln

Wenn man Klimaneutralität umfassend und global festlegt, wird man sie auch bis 2050 nicht erreichen. Darum definieren Staaten, Städte und Unternehmen diese möglichst selektiv und möglichst lokal. So sehr hängt man an der Illusion der Erreichbarkeit dieses Ziels.

Gastkommentar von Mathias Binswanger

An der Uno-Klimakonferenz in Sharm al-Sheikh betonte Bundesrat Cassis wieder einmal, dass unser Land bis spätestens 2050 klimaneutral sein soll. Klimaneutral? Wenn ein Begriff so grosse politische Bedeutung hat, würde man erwarten, dass dafür klare Definitionen vorliegen. Doch weit gefehlt. Rein theoretisch kann man zwar sagen, dass Klimaneutralität ein Gleichgewicht zwischen klimaschädlichen Emissionen und der Aufnahme von Kohlenstoff aus der Atmosphäre in Kohlenstoffsinken herstellt. Doch was heisst das konkret für einen Staat, ein Unternehmen oder ein Produkt? Denn mittlerweile sollen nicht nur Länder, sondern auch Kantone, Städte, Unternehmen, Flughäfen, Universitäten, Bergbahnen, Kaffee-Kapseln oder Joghurts klimaneutral sein.

Zauberwort Kompensation

Bleiben wir einmal bei den Unternehmen. Seit Beginn des Jahres 2022 bezeichnet sich die Migros als klimaneutral, und zwar «im Betrieb». Das bedeutet: Nur die von der Migros selbst verursachten Emissionen fliessen in die Berechnung ein. Emissionen, die mit dem Anbau von Lebensmitteln, mit Tierhaltung, Herstellung oder Transport der von der Migros verkauften Waren, also den Vorleistungen, zusammenhängen, sollen erst in Zukunft berücksichtigt werden. Wieso darf sich die Migros aber schon jetzt klimaneutral nennen, obwohl selbst die Treibhausgasemissionen im Betrieb erst bis 2030 um 80 Prozent reduziert werden sollen? Das Zauberwort lautet: Kompensation. Praktisch alle Konzepte von Klimaneutralität gehen davon aus, dass die eigenen Treibhausgasemissionen nicht oder erst in ferner Zukunft auf null reduziert werden können. Die verbleibenden Emissionen können aber trotzdem schon heute auf null heruntergerechnet werden, indem man in emissionsvermeidende Projekte im Ausland investiert wie etwa in den Bau von Windkraftanlagen oder in ein Wiederaufforstungsprojekt.

Die Migros kompensiert ihre verbleibenden Emissionen in eigens dafür entwickelten Klimaschutzprojekten. Da werden beispielsweise in Thailand 1000 Bauernfamilien in einer klimaverträglicheren Reis-anbau-Methode geschult. Denn über 10 Prozent der globalen Methanemissionen gehen auf das Konto traditioneller Reis-anbau-Methoden. Dank der neuen Methode kann der Methanastoss, so sagt uns die Migros, um bis zu 60 Prozent reduziert werden. Doch kommt die Reduktion tatsächlich zustande? Und wenn ja, wurde sie auch durch die Schulung ausgelöst? Oder verlagert sich der traditionelle Reis-anbau stattdessen in andere Gegenden von Thailand? Auf diese Fragen gibt es keine eindeutigen Antworten. So sinnvoll die Projekte der Migros auch sind. In welchem Ausmass damit tatsächlich eine Reduktion von Treibhausgasen erreicht wird, bleibt unklar – und damit auch der Beitrag zur Klimaneutralität.

Natürlich ist die Migros kein Sonderfall. Auch Coop soll nächstes Jahr dank entsprechenden Kompensationsprojekten klimaneutral werden. Und viele andere werden folgen. Aufgrund des Wildwuchses bei Kompensationen beginnt man den Unternehmen allerdings etwas genauer auf die Finger zu schauen. So kam ein Gericht in New York im Oktober zum Schluss, dass das Unternehmen Danone von

Aufgrund des Wildwuchses bei Kompensationen beginnt man den «klimaneutralen» Unternehmen genauer auf die Finger zu schauen.

ihm vertriebenes Evian-Mineralwasser nicht mehr als klimaneutral bezeichnen darf. Grund: Das Produkt wird den durch diesen Begriff erzeugten Erwartungen nicht gerecht.

Wie sieht es aber beim Staat (Bund, Kantone, Städte) aus? Dieser muss beim Thema Kompensation vorsichtiger sein und darf sich deshalb noch nicht als klimaneutral bezeichnen. Bund, Kantone und Städte haben sich dafür die Freiheit genommen, die mit Förderung, Anbau oder Herstellung von importierten Produkten und Energieträgern verbundenen Emissionen zu vernachlässigen. Das Ziel der Klimaneutralität, welche bis 2050 erreicht werden soll, betrifft nur die in der Schweiz anfallenden Emissionen. Diese machen aber gemäss neuesten Zahlen des Bundesamts für Umwelt (Bafu) weniger als die Hälfte der gesamten durch die Schweiz verursachten Emissionen aus. Zwar betont die langfristige Klimastrategie des Bundes die Wichtigkeit des Einbezugs der mit Importen verbundenen Emissionen, aber sie gibt keine Antwort darauf, wie und wann das geschehen soll.

Unangenehme Wahrheit

Politiker und Aktivisten, die sich Klimaneutralität auf ihre Fahne geschrieben haben, kümmern solche «Details» wenig. Sie streiten lieber darüber, ob Klimaneutralität nicht schon bis 2040 erreicht sein muss. Würde man die im Ausland anfallenden Emissionen tatsächlich berücksichtigen, ergäbe sich nämlich folgendes Dilemma: Je umfassender, globaler und damit ehrlicher man das Ziel der Klimaneutralität definiert, umso klarer wird, dass man es weder 2040 noch 2050 erreicht. Mit dieser unangenehmen Wahrheit will aber niemand konfrontiert werden. Also definiert man Klimaneutralität möglichst selektiv und lokal, um die Illusion der Erreichbarkeit dieses Ziels nicht zu zerstören.

Auf diese Weise kann die Schweiz 2050 oder vielleicht sogar schon 2040 tatsächlich «klimaneutral» werden. Gleichzeitig geht das Wachstum der globalen Treibhausgasemissionen aber munter weiter. Doch damit beschäftigen wir uns lieber nicht. Hauptsache, man baut in der Schweiz Häuser nach Minergiestandard und trinkt Kaffee aus klimaneutralen Kapseln.

Mathias Binswanger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz.

Anfang Dezember 2022 publizierte der Bundesrat seine «Lagebeurteilung über die Beziehungen Schweiz - EU». Die Regierung gibt sich in ihrer Beurteilung vorsichtig optimistisch. Die EU respektiere den Schweizer Ansatz, bei der Personenfreizügigkeit Ausnahmen vorzusehen, und zeige Offenheit, diese Ausnahmen nicht der Auslegungskompetenz des Europäischen Gerichtshofs zu unterstellen.

Ein Thema findet im jetzigen und in all den bisherigen bundesrätlichen EU-Berichten jedoch kaum je eine Resonanz: Was ist der Beitrag der Schweiz zur Konstruktion «Europa»? Man kann es drehen, wie man will, die EU wird gebaut, zwar mit Schwierigkeiten und Rückschritten, aber über die Zeit mit beachtlichen Fortschritten. Zudem gibt es im Osten unseres Kontinents noch ein anderes Europa, dessen Zustand uns nicht gleichgültig sein kann, siehe die Ereignisse in der Ukraine.

Aussenpolitik ist Interessenpolitik. In der erwähnten Lagebeurteilung wird dieses Prinzip schon im Titel des ersten Kapitels ausgedrückt, «Die Schweizer Interessen beginnen in und mit Europa». Doch nach einer Antwort auf die Frage, welche Rolle die Schweiz in diesem Europa überhaupt spielt und spielen will, sucht man vergebens. Bundesrätliche Aufenthalte in Brüssel und Besuche von Kommissionsmitgliedern in der Schweiz sind denn auch selten geworden. Die meisten Begegnungen finden ad hoc an Konferenzen wie in Davos oder New York statt. Persönliche Kontakte sind wichtig. Die EU-Minister begegnen sich mehrmals im Jahr. Als Nichtmitglied der EU und des EWR sind die Türen für die Schweiz nur einen spaltbreit offen und seit dem Scheitern des Rahmenabkommens manchmal ganz verschlossen. Die Wahrung der schweizerischen Interessen wird dadurch nicht erleichtert.

Um der Schweiz in der internationalen Gemeinschaft einen grösstmöglichen Handlungsspielraum zu sichern, sollte nach Auffassung des Bundesrats ein Gleichgewicht zwischen Unabhängigkeit und

Interessenpolitik allein reicht nicht aus

Die Schweiz muss gegenüber der EU ihre Interessen verfolgen. Gleichzeitig muss sie aber auch darlegen können, wie sie sich ihre Rolle in einem zukünftigen Europa vorstellt.

Gastkommentar von Jean-Daniel Gerber

Einbindung bestehen. Das tönt gut. Aber auch hier klaffen die hehre Absicht und die Realität auseinander. Die Schweiz bekundet immer mehr Mühe, Einfluss auszuüben: Ihre Gesetzgebung übernimmt zusehends EU-Recht, ohne dass die Schweiz bei dessen Erarbeitung hätte mitwirken können. Die Guten Dienste der Schweiz sind weniger gefragt als früher. Die Neutralität stösst auf Unverständnis. Letztes Beispiel: die Politik zur Wiederausfuhr von Waffen und Munition.

Auch in internationalen Organisationen nimmt der Einfluss der Schweiz ab. Der Einsitz im Sicherheitsrat der Uno kann nicht darüber hinweg-

täuschen, dass nur noch wenige Schweizer in internationalen Organisationen eine höhere Kaderfunktion ausüben, geschweige denn leiten. Kommt es zu einem Auswahlverfahren, sind die EU-Kandidatinnen und -Kandidaten als Vertreter einer grossen, stimmkräftigen Gemeinschaft im Vorteil.

Kurz: Das Gleichgewicht zwischen Unabhängigkeit und Einbindung wird zu einer Fiktion, weil unsere Unabhängigkeit mit jeder vertraglichen Rechtsübernahme oder jedem autonomen Nachvollzug schwindet und weil die schweizerischen Einflussmöglichkeiten abnehmen werden, da wir zwar wahrgenommen, jedoch als nicht mitbestimmend erach-

tet werden. Verkaufen wir unsere Beiträge schlecht, oder prallen diese im Vergleich zu den Leistungen der EU-Mitglieder ab? Das Handelsbilanzdefizit der Schweiz gegenüber der EU beträgt 5,8 Milliarden Franken. Ja, aber viele der eingeführten Waren könnten wir nicht ohne Nachteile mit Substitutionsprodukten aus Drittstaaten ersetzen.

Die Schweiz leistet einen Kohäsionsbeitrag zur Eingliederung der neuen EU-Mitgliedländer von jährlich einer Milliarde Franken. Ja, aber ähnlich grosse Länder wie Österreich, Schweden oder Belgien leisten ein Mehrfaches zum EU-Budget für die Eingliederung der Oststaaten ins europäische Wertesystem. In der Schweiz arbeiten 350 000 Grenz-gänger. Ja, aber woher sonst nähme sie diese unentbehrlichen Arbeitskräfte? Die Schweiz leistet mit der Eisenbahnverbindung Nord-Süd einen erheblichen Beitrag zur Entlastung der Verkehrswege. Ja, aber gleichzeitig eröffnet das Tausende von Kilometern lange Streckennetz der EU der Schweiz den Zugang zu Zentren und Überseehäfen.

Der Bundesrat hält an der jetzt eingeschlagenen EU-Strategie fest. Das ist richtig. Es ist auch legitim, die eigenen Interessen bestmöglich zu verteidigen. Das genügt aber nicht. Die anzustrebende Stellung der Schweiz in einem zukünftigen Europa sollte überprüft und dargelegt werden. Welche Rolle soll und kann die Schweiz beim Aufbau Europas im EU- und im Nicht-EU-Raum spielen? Welche Rolle muss sie anstreben, damit sie nicht zur Bedeutungslosigkeit verkümmert? Welche Instrumente sind bereitzustellen, und welche Vorkehrungen sind zu treffen, um dies zu vermeiden? Dereinst wird uns die kommende Generation fragen: Unser Europa wurde gebaut, die Schweiz hat ihre ureigenen Interessen verteidigt. Aber welchen Beitrag hat sie eigentlich zu diesem Aufbau geleistet?

Jean-Daniel Gerber ist ehemaliger Staatssekretär für Wirtschaft (Seco).